

Vorwort der verantwortlichen Herausgeberin

Die Finanzbeziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, so wie sie sich heute darstellen, sind das Ergebnis zahlreicher Kompromisse, die in der fast fünfzigjährigen Geschichte der Union oft aus rein politischen Gründen geschlossen wurden. Finanzwirtschaftliche Intransparenz und ökonomische Ineffizienz sind mit der Intensivierung dieser Beziehungen beträchtlich gestiegen.

Dem wuchernden Regelungsdrickicht will die vorliegende Studie ein europäisches Finanzausgleichssystem aus einem Guss gegenüberstellen, das sich unter Berücksichtigung der vertragsmäßigen Vorgaben der Europäischen Union an Normen orientiert, wie sie aus der ökonomischen Theorie des Föderalismus auch zur wissenschaftlichen Fundierung nationaler Finanzausgleichssysteme abgeleitet werden. Dabei bleibt die Untersuchung nicht bei abstrakten Prinzipien stehen, sondern stellt ein detailliertes Lösungskonzept vor, das die Aufteilung der Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten systematisch neu ordnen soll. Zur Abschätzung der fiskalischen und verteilungsmäßigen Konsequenzen, die ein wesentliches Element der politischen Durchsetzbarkeit eines Reformvorhabens bilden, wird ein Simulationsmodell entwickelt, dessen Struktur die vorgeschlagene Neuordnung widerspiegelt, das quantitativ aber flexibel an unterschiedliche politische Vorstellungen über die Verteilung von Zahllasten und Zuschussberechtigungen angepasst werden kann.

Wichtigstes Ergebnis ist die Empfehlung, horizontale Ausgleichszahlungen unterhalb der EU-Ebene stärker in den Vordergrund zu rücken, strukturpolitische Maßnahmen von der Ebene der Europäischen Union auf die Ebene der Mitgliedstaaten zurückzuverlagern und vor allem Regionen als politikrelevante Einheiten heranzuziehen. Größere Bürgernähe und bessere örtliche Kenntnis der besonderen Problemlagen könnten in einer Union, in der die wirtschaftlichen Unterschiede im Zuge der Osterweiterung eher zunehmen, zu einem effizienteren Einsatz der von der EU bereitgestellten Fördermittel führen.

Die Studie reiht sich mit Inhalt und wissenschaftlichem Anspruch vorzüglich in die Schriftenreihe des Centrums für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft (CeGE) der Universität Göttingen ein. Ob ihre Empfehlungen, die im Kern einen Kompetenzzuwachs der Mitgliedstaaten gegenüber der zentralen Ebene der EU bedeuten, praktisch wirksam werden können, wird auch davon abhängen, ob und wie der 2002 eingesetzte Konvent die Gewichte für die Zuständigkeiten der verschiedenen Ebenen der Gemeinschaft neu verteilen wird.

Helga Pollak

Holger Niermann and CEGE - Centrum für Europa-, - 9783631757024

Downloaded from PubFactory at 05/18/2021 11:20:45AM

via Victoria University of Wellington